

Pränumeration.			
	Zur Wien!		Durch die Post
	10 fl.	— fr.	14 fl. — fr.
Stammbuch	5	20	—
Stammbuch	3	40	—
Stammbuch	2	50	—
Stammbuch	1	55	—
Stammbuch	1	—	1

Zur besondere Aufzählung der Abonnenten:
monatlich 20 fr. Das Journal erscheint
täglich.

Redactions Bureau
Washington, D.C. 20540

Die Donau.

Eigenthümer und verantwortlicher Redacteur:
Ernst von Schwarzer.

Infektion.
Die 3spaltige Fettzelle kostet:

Bei 1 mäßiger Girschhaltung 6 fr.	
2 „ „ „	5 „
3 „ „ „	4 „
6 „ „ „	3 1/2 „
12 „ „ „	3 „

für Buchbindungen, Fabriken, Tier-
patheten, öffentliche Vergnügungen usw.
um 1 fr. weniger.

Expeditions- und Ankündigungs-Bureau:
Friedrichstraße Nr. 111.

Wien, den 13. März.

Sebastopol und die Wiener Konferenzen sind nun die Angelpunkte der politischen Situation. Sebastopol soll um jeden Preis genommen werden, falls die Konferenzen nicht binnen kürzester Zeit ein vollkommen befriedigendes Resultat liefern. Darunter versteht man aber seitens der Westmächte nichts Anderes als die rückhaltlose Annahme der vier präzisesten Punkte als Grundlagen des abzuschließenden Friedens.

Man gibt sich jedoch in Paris und London nicht der Hoffnung hin, daß ein solches Resultat jetzt schon erreichbar sei, und setzt daher die Rüstungen nach der Trüm mit dem größten Eifer fort.

Die Anzeichen der kaiserlichen Reise, schreibt unsere Correspondenz vom 10. März, werden sich mit jedem Tage; allein man zweifelt, daß dieselbe so bald erfolgen werde, als man in gewissen Kreisen es wissen will. Der Kaiser wird jedenfalls den Abschluß der Wiener Conferenzen abwarten; es wird heute von dem Hofe nahestehenden Personen mit großer Bestimmtheit vermuthet.

Greelmanns, Commandant der kaiserlichen Yachten, ist auf Befehl des Kaisers nach Toulon abgereist, um das Dampfschiff Königin Hortense in Bereitschaft zu setzen, worauf der Kaiser seine Ueberfahrt nach der Krim machen wird.

Die Turiner Armonia erklärt die völlige Angleichung der österreichisch-italienischen Differenzen als nahe bevorstehend. Graf Bralomo soll in derselben Eigenschaft nach Wien gehen, in welcher Graf Nevel bei dem kaiserlichen Hofe accreditirt war; Oesterreich werde seinerseits einen Special-Botschaftsmitgliedern nach Turin senden, um sich bezüglich der Sequesterfrage zu vereinbaren.

Gelegentlich der großen Ausstellung in Paris wird, so wird, wie die „Zeit“ berichtet, eine Versammlung aller protestantischen Confessionen stattfinden. Aus allen Theilen der Welt sind Teilnehmer dazu angemeldet worden, die den verschiedensten protestantischen Kirchen angehören. Wir nennen unter denen, welche aus Vorträge übernehmen haben, den Prälaten v. Kapff aus Stuttgart, den Pastor der lutherischen Kirche in Schweden, Dr. Vergmann, den Prediger der episcopälischen Kirche von England (established Church) Birks, den Professor Dr. Merle d'Aubigné aus Genf u. s. w. Jeder derselben wird über die religiös-sittlichen Zustände seines Vaterlandes (Kapff über Deutschland) sprechen. Berlin wird durch zwei Gattliche mit einem ansehnlichen Paare vertreten werden.

Aus München, 9. März, wird der A. Z. berichtet: Wie man vernimmt, wird neben dem Herrn Fürsten von Thurn und Taxis auch der Fiskusadjutant Sr. Majestät des Königs, Graf von Neßberg, wahrscheinlich wird die officielle Notification von der Thronbesteigung des Kaisers Alexander II. hier angelangt sein. Er wird sich im Auftr. Sr. Majestät des Königs nach Petersburg begeben. Neuere Bemerkungen zufolge wird Sr. Majestät König Ludwig am 20. d. (dem nächsten Jahrestag seiner Thronbesteigung) hier eintreffen und nach kuzem Aufenthalte sich nach Italien begeben.

Daß gegenwärtig die russische Regierung durch die Presse auf die öffentliche Meinung einzuwirken sucht, dafür dürfte, wie das Frankfurter Journal schreibt, außer der beachtlichen Gründung des Journal der Nord in Berlin, noch Folgendes sprechen: Von Paris aus wurden in der neuesten Zeit auch an mehrere thüringische Blätter Circulare eines angeblich daselbst unter dem Namen „office correspondance des états allemands“ neu begründeten Correspondenz-Bureaus gesendet, und die Redaktionen darin aufgefordert, sich an dem Abheuern auf eine lithographirte Correspondenz zu betheiligen, welche zunächst Uebersetzungen aus den größeren Pariser Zeitungen bringen würde. Dieser Aufforderung ist aber auf dem Fuße ein Warnung gefolgt, welche, von den vereinigten Buchdruckern in Paris ausgehend, an die deutschen Buchdrucker gerichtet ist, und in welcher darauf hingewiesen wird, daß jenes Correspondenz-Bureau ein Verein von Kitzanten sei, welche im russischen Solde ständen.

Die neueste telegraphische Depesche erfleht man auf der vierten Seite.

Die österreichische Circular-Depesche vom 28. Februar.

Ein frankfurter Correspondent der Independance belge gibt folgende Analyse einer Circulardepesche des Ministers Grafen Buol an die Vertreter Oesterreichs bei den deutschen Regierungen.

Die Depesche ist aus Wien vom 28. Februar datirt und erinnert in dem Eingange daran, daß Baron von Friesch beauftragt wurde, dem Bundestage den detaillirten Stand der unter dem Commando des General-Hey concentrirten Armee mitzutheilen. Damit ist bewiesen, daß Oesterreich mehr gethan habe, als es die Entscheidung des Bundestages bezüglich der Kriegsbereitschaft verlangte.

Herr von Voss macht dann darauf aufmerksam, daß der dreizehnte Bevölkerungsartikel vorgelegt hat, zu bestimmen, daß die Bundes-Contingente ausschließlich innerhalb der Grenzen des Bundesgebietes aufgestellt würden. Dieser Antrag wurde von der Militär-Commission verworfen. In der That handelte es sich in diesem Falle nicht nur um Bundes-Verträge, sondern auch um die Convention vom 20. April 1854 und um Bundes-Verträge, welche zum Zweck hatten, gleichmäßig das Gebiet des Bundes zu schützen und den Friedensgaranten die Möglichkeit zu verschaffen, den Angriff des Bundes zu verhindern. Der Antrag wurde deshalb verworfen, weil er die Verträge vom 5. Februar und den Entschiedung vom 24. Juli und 9. December, die gleichfalls von dem Bundesrat ratifiziert wurden, kränkt.

Die Circular-Depeche erwähnt ferner, daß der preussische Bevollmächtigte in der Sitzung vom 22. Februar nach erhaltener Mittheilung das Detail-Ausweis in Abrede gestellt habe, daß der Bescheid vom 8. Februar mit jenen früheren Bescheiden im Zusammenhang stehe. Er deklauierte, daß jenes, was auf die Rinzirkulthimer sich bezieht, auf die gegenwärtigen Bescheide gar keine Anwendung finde. Er erklärte, daß die Bescheide eine neue Seite habe in der Nothwendigkeit nämlich, bei den für Deutschland bedrohlichen Umständen die Haltung einer Kriegesbereitschaft nach allen Richtungen hin anzunehmen. Er erklärte, die Auslegung im Namen Preussens geben zu müssen, und fügte hinzu: Preußen beabsichtige zu beantragen, die Bundesversammlung möge die vollständige Ausführung der Bundesfestungen, Bomben, Mästen, Mauer und Einweihung als eine selbstverständliche Sache anerkennen, und die Bescheide für alle Fälle und unter allen Umständen gegen irgend welche Ansprüche, welche

Die Verhandlung des Friedensvertrages zwischen dem preussischen Cabinet und den Verbündeten ist im Cabinet mit der grössten Aufmerksamkeit verfolgt worden. Die Vorgänge mit seinen Willküren nach Paris und London in Einklang zu setzen vermöge. Wenn Preussen jenen Mächten gegenüber nicht die Verbindlichkeiten, welche Oesterreich übernommen, einzugehen und einen mit dem December-Vertrag identischen abzuschiessen willens wäre, so wäre das Gerüchte, was es thun konnte, neutral zu bleiben und keine feindselige oder drohende Haltung gegen Frankreich anzunehmen. Das preussische Cabinet werde notwithstandinge Erklärungen über diesen Punkt abgeben müssen, sonst thäte man glauben, es beschäufte dem Grunde nur die Beobachtung einer blossen Neutralität auszuwarten.

Wien, 2. März. Der Hof betrachtet es als seine Pflicht, den Bund auszuführen, in Interesse der deutschen Einheit selbst den Schaden der Rationen zu vermeiden, denen man einen anderen Zweck antzusehen könnte als den der Ausübung der Bundesleistungen vom 24. Juli und 9. December. Wenn der Bund dieser Ansicht nicht beistimmen sollte, so würde sich der Wiener Hof verpflichtet sehen, sich sehr laut und sehr deutlich gegen Manifestationen zu erklären, wie sie Brungen vor sich, und im vortheil alle Verantwortlichkeit der Folgen, welche diese Rastregeln nach sich ziehen, von sich abzulehnen. Der kaiserliche Hof würde jede Entscheidung, welche die Verwendung der Bundescontingente auf deutsches Gebiet beschränken wollte, als ein Aufgeben der deutschen Interessen betrachten, und er könnte nicht aufheben, eine unnütze Herausforderung in der Bewaffnung der gegen Frankreich gerichteten Armeen zu sehen.

Der österreichische Bevollmächtigte hat Befehl erhalten, sich in dieser Beziehung kategorisch zu erklären. Der Wiener Hof hofft, daß seine Verhandlungen ohnmalis alle ihre Kräfte aufwenden werden, wenn die Unterhandlungen fehlschlagen sollten, und vor Allem, daß sie keinem Cabinet die Möglichkeit bieten werden, sich über den wahren Sinn der Entschreibungen des Bundes zu täuschen. Er hofft, daß alle deutschen Regierungen die Wichtigkeit dieser Angelegenheiten anerkennen und ihren Vertretern bei dem Bunde die nötige Unterstützung zuwenden werden.

Zur Pariser Ausstellung.

In einem der letzten Ministerräthe, schreibt man uns aus Paris, wurde ein Beschluß gefaßt, welcher für alle Industriellen und Künstler, die an der bevorstehenden Ausstellung sich theilnehmen werden, von Interesse sein dürfte. Es wurde beschloffen, nicht bloß Medaillen,

sondern auch Orden zu vertheilen. Die Ausstellungsjury wird Medaillen 1., 2. Classe u. s. f. vertheilen, aber nachdem die Arbeit der Jury vollendet sein wird, beabsichtigt die Regierung unter den Ausstellern, die sich ganz außerordentlich ausgezeichnet haben, eine Wahl zu treffen und eine gewisse Anzahl Krone der Ehrenlegion zu vertheilen. Die Aussteller können auf diese Weise eine Medaille erster Classe und die Ehrenlegion erhalten. Man erzählt, daß dieser Bescheid nicht ohne reißende Discussionen gefaßt wurde. Einige Minister und insbesondere der Kriegsminister soll darüber geklagt haben, daß die Ehrenlegion zu einer Zeit, wo die Krone, für welche dieser Orden doch hauptsächlich besteht, ihr Blut vergießt, so häufig zur Belohnung von bürgerlichen Dienstleistungen vertheilt werde, denn am Ende sei es doch mehr eine militärische als bürgerliche Auszeichnung. Der Kaiser, welcher der Beratung beizuwohnte, soll hierauf mit einiger Lebhaftigkeit geantwortet und daran erinnert haben, daß zur Zeit der Gründung der Ehrenlegion im Jahre 1804 gleichfalls Stimmen laut geworden seien, die diesen Orden zu einer bloß militärischen Auszeichnung gemacht wissen wollten. Napoleon I. habe aber darauf geantwortet: „Sie wollen also, daß ganz Europa glaube, mein Vater beziehe nur aus Corporalen. Wollte man die Ehren in militärische und bürgerliche einteilen, so würde man zwei Classen schaffen, während es nur eine Nation gibt. Würden wir militärische Verdienste belohnen, dann wäre es noch schlimmer, denn dann würde die Nation nichts mehr sein.“ Dieses Citat Napoleons III. machte natürlich alle Einwürfe verstummen.

Nicht den Medaillen und Orden werden noch andere Auszeichnungen vertheilt. Man spricht von Preisen, die den Siegern in dem friedlichen Wettstreit der Industrie, des Ackerbaues und der Kunst bewilligt werden sollen. Der höchste dieser Preise wäre von 20,000 Fr., und würde nur dem Künstler zuerkannt werden, der das vorzüglichste Kunstwerk ausstellt. Es ist auch davon die Rede, dem industriellen Aussteller, der sich am meisten hervorzuheben, eine sehr bedeutende Belohnung zuerkennen, allein diese Frage ist noch nicht entschieden, denn es dürfte schwer sein, einen Vergleich der Vorzüglichkeit zwischen Grenzgenüssen zu machen, die nichts mit einander gemein haben.

Der Moniteur vom 9. März bringt den Bericht über die am 3. unter dem Vorsitze des Prinzen Napoleon abgehaltene Sitzung der Commission der allgemeinen Industrie-Ausstellung. Die Sitzung hatte zum Inhalt den Bericht der Unter-Commission über die Organisation der Ausstellung. Die Unter-Commission stellt den Stand der Arbeiten als sehr befriedigend dar, und theilt den Departemental- und ausländischen Comités das größte Lob. Der Bericht schließt mit den Worten: „Obgleich durch den strengen Winter verzögert, sind diese Arbeiten so weit gediehen, daß die Eröffnung der allgemeinen Ausstellung am 1. Mai in Gemeinschaft des kaiserlichen Decrets vom 8. März 1855 stattfinden kann.“

Amtsliches.

Wien. Auf Allerhöchste Anordnung wird für weiland den Herrn Grafen von Molina (Don Carlos) die Hoftrauer vom 13. März 1855 angefangen, nach zehn Tage, d. i. bis einschließig 22. März, und zwar unter Einem mit der für weiland Se. Majestät den Kaiser Nikolaus von Rußland bestehenden Hoftrauer getragen werden.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 10. I. M. den k. I. I. Internuntius v. Prad, zu Allerhöchstem Finanzminister zu ernennen, den k. I. I. Secretär des Internuntius des Innern, Bernhard Meyer, als Ritter des kaiserlich österreichischen Ordens des eisernen Krone II. Classe, den Statuten dieses Ordens gemäß, in den Ritterstand des österreichischen Kaiserthums allergnädigst zu erheben, die bei dem Justizministerium eingelegte Ministerial-Secretärstelle des kaiserlich-königlichen Landesgerichtsraths August Kieß v. Sternegg mit Befassung des Titels und Charakters eines Landesgerichtsraths allergnädigst zu verleiern, den Militär-Verwaltungs-Decevalminister, Bruno Salko, zum dirigirenden Hofkriegsbuchhalter mit den kaiserlichen Verträgen allergnädigst zu ernennen, ferner den Militär-Verwaltungs-Decevalminister erster Classe, Michael Dornfreil v. Herberich, in den normalmäßigen Ritterstand zu versetzen und zugleich den Militär-Verwaltungs-Decevalminister zweiter Classe, Christoph Baan, zum Oberverwalter erster Classe und Verwalter der Verpflegungsbefehlshaber bei dem Militär-Gouvernement in Prag, den zeitweisen Militär-Verwaltungs-Decevalminister zweiter Classe, Joseph Kuberna, zum wirklichen Oberverwalter zweiter Classe und Verwalter der Verpflegungsbefehlshaber bei dem Militär-Gouvernement in Zara zu ernennen und die Lieberstellung des Oberverwalters zweiter Classe, Leopold Bend, als Generalen zu dem kaiserlichen Truppen-Commando der dritten Armee allergnädigst zu genehmigen, dann das am dem kaiserlichen Hofcapitel zu Gmunden eingelegte Generalat des SS. Simon v. Guida dem kaiserlichen Hofcapitel von Sopron, Martell Regnart, und dem Schultheiß zu St. Christophen in Niederösterreich, Augustin Schmalzl, in Anerkennung

seiner sechzigjährigen tadellosen Dienstleistung und seines lobenswerthen Verhaltens, das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleiern geruht.

Großbritannien. London, 10. März. Im Oberhause erklärte gestern der Earl von Granville als Antwort auf eine Interpellation des Earl von Derby, Lord John Russell sei mit Friedenshoffnungen nach Wien abgereist. Wenn es ihm unglücklicherweise nicht gelingen sollte, eine friedliche Lösung herbeizuführen, so werde er sofort nach England zurückkehren. Obgleich es ihm jedoch, den Frieden anzubahnen, so werde er spätestens um Oheim nach Feststellung der allgemeinen Friedensgrundlagen zurückkehren und die Beilegung der Detailfragen Anderen überlassen. Der Lord von Granville war nicht gerade geeignet, besondere Friedens-Erwartungen zu erwecken.

Im Unterhause zeigte Lord Palmerston an, mehrere freiwillige Jäger-Compagnien hätten der Regierung ihre Dienste angeboten, doch sei dieses Anerbieten als sehr spärlich und unzulänglich angesehen worden.

Sir Robert Peel ist zum Reich der Admiralität ernannt worden. London, 9. März. Wir tragen folgende wichtige Details über die in unserm heutigen Morgenblatt erwähnte Unterabfertigung vom 8. März nach: Mr. Keoch beantragte eine Besichtigung aus Unterhaus mit dem Grafen, mehrere Vornehme als Zeugen vor dem Oberhaus-Ausschuß erscheinen zu lassen. Mr. Malins bringt den Zeitplan zu der Hülse zur Sprache, und beantragt Beilegung der gemeinsamen Correspondenz zwischen der Admiralität und Sir G. Napier seit dem 20. December v. J. Es handelte sich um die Erörterung eines hochwichtigen Verzeichnisses, der bei dem famosen Bankett im März 1854 mit Koblenzern überreicht und mit überflüssigen Erwartungen an Meer geleitet, bei der Heimfahrt aber mit kalter Begrüßung empfangen und langsam entlassen wurde. Der Auftragsteller nimmt sich die Freiheit, einige Auszüge aus Privatbriefen Sir J. Graham an den (im Hause als Oath anwesenden) Admiral Sir G. Napier zu verlesen, und denen berichtet, daß die Regierung bis Ende August fortwährend ihre unbedingte Zustimmung mit Napoleons Thun und Lassen bezog. Nachher entspann sich ein Briefwechsel über gewisse Pläne zum Angriff Swoborgs, aber am 19. September verließ die französische Flotte die Diefse, und ein Kriegsrath britischer Admirale gelangte zur einstimmigen Ansicht, daß die Jahreszeit zu weit vorgerückt sei, um eine Unternehmung gegen Swoborg zu wagen. Dieses Gutachten meldete Sir Charles am 25. September in einer Depesche an die Admiralität, und bemerzte dabei, man könne das Wetter nicht auf zwei Stunden voraus berechnen. Für die Ansicht des Admirals in dieser Sache sei ihm das Land zu tiefen Satz verpflichtet. Allein als am 2. October die Tataran-Flottille vom Fall Se. befehloß ankam, keigerte die Regierung ihre Zustimmung, und in einem Schreiben vom 4. October befahl sie, den Angriff Ende Monats zu unternehmen. Sir Charles widersprach am 10., daß eine Operation unternommen werden, deren Erfolg ganz wäre, und beifügen wollte, wenn er das Vertrauen der Regierung verloren hätte. Die Correspondenz zog sich bis zum 10. November hin; aber am 31. October begann die Admiralität Napoleons Operationen vor dem 25. August, die sie früher höchlichst befohlen hatte, zu missbilligen.

Als er am 17. December nach Spithead zurückkam, war der Empfang, den ihm Sir J. Graham zu Theil werden ließ, ein beinahe befehlender; am 22. erhielt er den Befehl, seine Flotte zu brechen und aus Sand zu trennen. Dies behauptet der Antagonist, kam einer summarischen Entlassung gleich, und unwürdiger, schwerer Unthat für eine solche Behandlung eines Admirals, der eine große Flotte aus einem gefährlichen Wasser unwirksam zurückbrachte und die Disziplin einer fast durchgehenden neuen Besatzung auf einen hohen Grad der Vollkommenheit gehoben hatte. Sir J. Herbert unterthut den Antrag, Sir J. Graham sagt, obgleich er zu seiner persönlichen Nachforschung das Wort nehme, habe er doch keine Auszüge aus Staatsdepeschen, viel weniger ausglückte Bruchstücke aus Privatbriefen in der Tasche mitgebracht. Das Verfahren des Antagonisten, Privatbriefe ohne Erlaubnis des Schreibers anzudeuten, ist beispiellos in der Oefte Anstand gebe er zu, daß die Admiralität bei Lord Napier in der Sache im Ganzen gewonnen ihren Befehl gegeben, daß die Flotte des Admirals nach russischen Seesystem gegenüber am rechten Orte war, und daß dieselbe auch nicht geteilt. Aber am 21. September, als Sir Charles um ersten Mal Swoborg und der Nähe reconnoitree, schickte er eine Depesche ein, nach deren Darstellung die Lage der Dinge in einem ganz neuen Licht und eine Unternehmung nicht weniger als unausführbar erschien. Man entzündete Gerüchte zwischen den Flotten-Offizieren und dem General Jones und zwischen Sir Charles und dem französischen General, auf die er nicht eingehen konnte, da sie sich auf Operationen beziehen, die bald von Neuem verübt werden müßten, daß er sich mit gebundenen Händen vertheilgen müßte. Die nach der Reconnoissance Swoborgs abgefaßte Depesche hatte, wie gesagt, die Unmöglichkeit eines Angriffes nachdrücklich, das russische Seesystem die Briten, nicht vollkommen und zweifelhaft zu wagen, vielmehr wurde Als seiner Discretion überlassen. Entweder bei dieser Stelle Herrn Malins nicht in die Hand gestellt worden, oder er habe nicht den Zeitmuth beifallen, sie zu verlesen. Sie sagte ihm nicht in dem Ram. Admiral Befehl habe allerdings im Namen und Auftrag der Regierung die Bewehrung, daß Sir Charles entlassen und geteilt worden, in Abrede gestellt, denn die Admiralität hat wirklich keinen Grund, einen Tadel über Napoleons Commando auszusprechen, aber sie fand ihn mehr als einmal veranlaßt, ihm zu bedenken, daß der Lord, welchen er in seinen Mittheilungen annahm, gegen die Pflicht der Subordination und gegen allen der Regierung schuldigen Respekt verstieß. Das seine angebliche Entlassung

*) Es sich die Angaben unserer Correspondenten betreffs einer eventuellen Beteiligung der Regierung noch berathen werden, müssen wir abwarten. D. Red.

